

BastA!

Basels starke Alternative

BastA! will in den Regierungsrat

Auf einer gemeinsamen Liste schicken SP, Grüne und BastA! fünf KandidatInnen in die Regierungsratswahlen, um die rot-grüne Mehrheit zu stärken und auszubauen. Das erklärte Ziel von BastA! ist, dass die Regierung sich linker und sozialer positioniert. Als Regierungsratskandidatin wurde Co-Präsidentin Heidi Mück nominiert.



Tonja Zürcher

In den vergangenen zwei Jahren haben die BastA!-Mitglieder in mehreren Mitgliederversammlungen und Retraits an der Strategie für die Gesamterneuerungswahlen gearbeitet. Sowohl die gemeinsame

Grossratsliste mit den Grünen, wie auch eine mögliche Beteiligung an den Regierungsratswahlen wurden grundsätzlich diskutiert und entschieden. Die Entscheidungen fielen jeweils mit deutlichen Mehrheiten. Daher wurde eine Findungskommission gebildet, die nach möglichen KandidatInnen für den Regierungsrat suchte. Gleichzeitig nahm das Präsidium die Verhandlungen mit den Partnerparteien auf.

Sowohl SP als auch Grüne reagierten positiv auf den Vorschlag einer gemeinsamen Regierungsratsliste, so dass diese Idee – vorerst noch unabhängig von konkreten KandidatInnen-Namen – Anfang Februar an einer Medienkonferenz vorgestellt wurde. Die Bürgerlichen reagierten empört und sprachen von Machtgier und Anmassung. Die 5er-Liste wurde als An-

griff interpretiert und so ist sie auch gedacht. BastA! will ein linkes Basel und deshalb soll die rot-grüne Regierungsratsmehrheit nicht nur bestätigt, sondern noch ausgebaut werden.

Verschiedene andere Städte wie Zürich und Bern, aber auch Lausanne zeigen, dass die rot-grünen Parteien, wenn sie sich einigen können, mit satten Mehrheiten erfolgreich regieren. Warum sollte das in Basel-Stadt nicht funktionieren? Zudem zeigten die bürgerlichen Parteien gleich selbst, dass sie der Gier nach Macht sämtliche Grundwerte opfern, indem sie die SVP, die sie vor wenigen Wochen als staats- und wirtschaftsschädigend bezeichneten, ohne grosse Diskussion in die bürgerliche Regierungsratsliste aufnahmen.

Am 14. März nominierten dann die Mitglieder von BastA! Heidi Mück zu ihrer Kandidatin für den Regierungsrat. Heidi Mück hat sich mit ihrem beherzten und unermüdlichen Einsatz für Chancengerechtigkeit in der Bildung, für den Erhalt und Ausbau von günstigem Wohnraum und für gerechte Steuern einen Namen gemacht. Mit ihrem fundierten Wissen wird sie die explizit linken Anliegen in der Basler Regierung hervorragend ver-

treten können. Für das durch den Rücktritt des liberalen Erziehungsdirektors frei werdende Erziehungsdepartement ist Heidi geradezu prädestiniert, hat sie sich doch in ihrem mehr als 20-jährigen Engagement als Bildungspolitikerin mit grossem Sachverstand und unabhängigen Haltungen positioniert.



Heidi Mück

Ich bin überzeugt: Mit Heidi Mück haben wir nicht nur die Chance, einen Sitz im Regierungsrat zu holen, sondern bei einer Wahl auch die Garantie, dass unsere linken Anliegen und die Sicht der Weniger-Privilegierten in Basel im Regierungsrat mit Nachdruck vertreten werden. Beste Voraussetzungen also, dass linke WählerInnen am 23. Oktober 2016 überzeugt und motiviert die links-grüne 5er-Liste in den Regierungsrat wählen.

Mutationen an:
Postfach 225, 4005

AZB
4005 Basel

Tonja Zürcher

Wechsel im Grossen Rat

Im Grossen Rat gibt es im ersten Halbjahr 2016 einige Veränderungen. Mit Sibel Arslan, Mirjam Ballmer, Patrizia Bernasconi, Heidi Mück, Urs Müller und Eveline Rommerskirchen verlassen sechs wichtige PolitikerInnen mit beachtlichem Leistungsausweis den Grossen Rat. Sie ermöglichen durch ihre Rücktritte das Nachrücken neuer Gesichter und freuen sich, dass ihre politische Arbeit fortgeführt wird.

Schon 2015 haben wir zusammen mit den Grünen mit den möglichen Nachrückenden gesprochen. Es ist uns gelungen, gute Nachrüchlösungen zu finden. Bis Juni 2016 werden vier neue BastA!-GrossrätInnen und zwei neue Grünen-Grossräte ihr Amt antreten können.

Die Wechsel im Detail:

- Beatrice Messerli ist schon im März für Sibel Arslan nachgerückt
- Beat Leuthardt hat im April den Sitz von Urs Müller übernommen
- Auf Mirjam Ballmer folgte ebenfalls im April Tonja Zürcher
- Daniel Spirgi wird Anfang Juni für Patrizia Bernasconi nachrücken
- Heidi Mück macht Anfang Juni Platz für Harald Friedl
- Auf Eveline Rommerskirchen folgt Anfang Juni Raphael Fuhrer

Die Abtretenden haben dank zahlreicher erfolgreicher Vorstösse im Grossen Rat und dank ihrer Arbeit in den verschiedenen Kommissionen nachhaltige Spuren hinterlassen. Das Bündnis Grüne BastA! bedankt sich bei den sechs PolitikerInnen für ihr grosses und hartnäckiges Engagement für ein linkes und grünes Basel.

Die Neuen haben nun die Gelegenheit, eigene politische Schwerpunkte zu setzen und ihre Erfahrungen und Ideen in die Fraktion Grünes Bündnis einzubringen. Die Zurücktretenden werden ihnen zu Beginn ihrer Grossratszeit mit Rat und Tat beiseite stehen.

BastA! gratuliert Brigitta Gerber zum Fraktionspräsidium

Nach dem Rücktritt von Sibel Arslan aus dem Grossen Rat und somit auch vom Fraktionspräsidium wird das Amt von Brigitta Gerber übernommen. Brigitta Gerber ist bereits seit 2002 Mitglied des Grossen Rates. Sie wird das Fraktionspräsidium bis zum Ende der Legislaturperiode inne haben. BastA! wünscht der neuen Fraktionspräsidentin viel Erfolg!

Dank an die abtretenden GrossrätInnen

Die BastA!-GrossrätInnen Brigitta, Heidi, Patrizia und Urs dürfen 2016 wegen der Amtszeitbegrenzung nicht mehr zu den Wahlen antreten. Und Sibel hat mit der Wahl in den Nationalrat eine neue spannende, aber auch herausfordernde Aufgabe erhalten, welche auf Dauer nicht mit dem Grossratsmandat vereinbar ist.

An dieser Stelle soll den abtretenden GrossrätInnen für ihren unermüdlichen Einsatz für BastA! im Grossen Rat gedankt werden. Die Anpassung des Wahlgesetzes, der Erhalt der kantonalen Beihilfen, der hartnäckige Einsatz für die Anliegen der MieterInnen, der Einsatz für bezahlbaren Wohnraum und gegen Verdrängung, der Widerstand gegen Abbau bei der Bildung (Klassengrössen, Integrative Angebote), das Engagement gegen häusliche Gewalt und für die Geschlechterquote sind nur einige wenige Bereiche in welchen sich unsere GrossrätInnen erfolgreich eingesetzt haben.

Danke Patrizia, Heidi, Sibel, Urs und Brigitta, dass ihr insgesamt über 15 Jahre für die Anliegen von BastA! im Grossen Rat gekämpft und die Basler Politik massgeblich geprägt habt!

Sekretariat

Aus dem Nationalrat

In den Kommissionen und im Rat an sich, behandeln wir so viele Geschäfte und Themen, dass ich hier nicht einmal Platz habe für die Wichtigsten. Ich möchte daher einfach je ein Thema aus der Aussenpolitischen Kommission (APK) und eines aus der Rechtskommission (RK) herausgreifen.



Sibel Arslan

In der APK gibt es jeweils viele Berichte und Anhörungen, die zwar auch spannend sein können, bei denen ich aber keinen direkten Einfluss auf die Aussenpolitik nehmen kann. Wobei wirklicher Einfluss bei den

aktuellen Mehrheitsverhältnissen sowieso schwierig ist, aber es ist trotzdem wichtig, dass wir unsere Meinung und Anträge zu den Themen äussern, damit sie zumindest

gehört werden. So auch beim Thema der öffentlichen Entwicklungszusammenarbeit. Die Schweiz hat sich schon mehrmals zum UNO-Ziel bekannt, dass 0.7% des Bruttonationaleinkommens (BNE) in die Entwicklungszusammenarbeit fliessen soll, trotzdem soll dieser Anteil nun gemäss Vorschlag vom Bundesrat von nur 0.5% nochmals leicht sinken. Und das in einer Zeit, wo auch rechte Parteien immer wieder betonen, wie wichtig es bei der aktuellen Flüchtlingssituation sei, Hilfe „vor Ort“ zu leisten. Ich habe in der Kommission unter anderem beantragt, den Betrag für die Entwicklungszusammenarbeit auf die 0.7% des BNE zu erhöhen. Leider zeigt es sich wohl gerade hier wieder, dass die Bekenntnisse von rechts jeweils nur heisse Luft sind.

Ein wichtiges Thema in der RK war die Behandlung der Wiedergutmachungsinitiative, die verlangt, dass das dunkle Kapitel von fürsorglichen Zwangsmass-

nahmen und Fremdplatzierungen, z.B. der sogenannten Verdingkinder, wissenschaftlich aufgearbeitet wird. Zudem sollen die Opfer der Zwangsmassnahmen aus einem Fonds von total 500 Millionen für das vom Staat erlittene Unrecht entschädigt werden. Der Bundesrat nimmt in seinem indirekten Gegenvorschlag die wichtigsten Punkte der Initiative auf, möchte für den Fonds aber nur 300 Millionen bereitstellen. Je nachdem, von wie vielen Opfern man ausgeht, wir reden von 12'000 bis 20'000, bleibt da für die Einzelnen nicht viel. Es ist jedoch sehr wichtig ist, dass die Entschädigungen möglichst bald ausbezahlt werden können, da die Betroffenen inzwischen sehr alt sind und sterben. Deshalb, und auch weil von rechts sogar Widerstand gegen die 300 Millionen kam, haben wir dann trotzdem den bundesrätlichen Gegenvorschlag unterstützt.

Sibel Arslan

Beatrice Messerli im Interview mit Till Kleisli

TK: Beatrice, du bist seit März im Grossen Rat, bevor wir aber dazu kommen würde mich aber zuerst noch interessieren, was dein politischer Hintergrund ist.

BM: Ich bin sehr gewerkschaftlich geprägt. Ich war als Textil-Lehrerin schon seit der Gründung bei der Gewerkschaft Erziehung dabei, die damals als Gegengewicht zur Synode gegründet wurde. Politisch habe ich mich ansonsten damals im Dunstkreis der POB und der OFRA bewegt, war aber nie Mitglied. Ich habe in jüngster Zeit dann auch mehrmals auf der Bündnis-Liste für BastA! kandidiert und bin seit 2012 Erziehungsrätin.

Die Vorgeschichte erklärt dann wahrscheinlich auch schon zum grossen Teil, warum du bei BastA! politisierst.

BastA! steht mir politisch einfach am nächsten. Und ich weiss, dass das auch umstritten ist, aber für mich ist BastA! die politische Nachfolgeorganisation der POB. Es war mir immer klar, dass ich linke Politik machen möchte, und die SP ist mir da oft zu schwammig und zu wenig klar links positioniert.

Welche Positionen oder welche Themen möchtest du denn nun vor allem in den Grossen Rat einbringen?

Da gibt es viele Bereiche die mir wichtig sind und die auch wichtig sind für Basel, wie das Thema Wohnen, wie die Stadt genutzt werden soll und in diesem Zusammenhang auch wer sie wie nutzen soll und darf, aber auch Fragen der Vermögensverteilung. Zentrale Themen sind für mich aber die Bildung und Genderfragen, wie



BastA!-Grossrätin Beatrice Messerli im kreativen Büropuff

die Lohngleichheit. Ich habe auch schon vor Jahrzehnten aktiv mitgewirkt bei der Lohnklage der Kindergärtnerinnen und der Textil- und Hauswirtschaftslehrerinnen, die eingefordert haben, dass die Löhne überprüft werden müssen, da sie dem Gleichstellungsartikel widersprechen.

Was sind denn in der Bildung konkrete Probleme, die du angehen möchtest?

Ich bin für mehr Integration statt Inklusion. Die Inklusion ist zwar gut gemeint, funktioniert aber im Schulalltag nur beschränkt, da auf individuelle Bedürfnisse

schwieriger eingegangen werden kann. Kleinklassen wurden zwar aufgelöst, waren aber wahrscheinlich für viele Kinder im Schulalltag ein besseres Mittel um sie zu fördern. Im Auge behalten müssen wir auch das Problem mit den Klassengrössen, die vorgeschriebenen Maximalzahlen wurden letztes Jahr in der Sek-P teilweise überschritten. Wir müssen dafür sorgen, dass die Ressourcen mit erster Priorität im Klassenzimmer eingesetzt werden, es hat niemand etwas davon, wenn wir zwar eine gut geölte Verwaltung haben und dafür überfüllte Klassen.

Impressum: Nr. 2/Mai 2016. Herausgeber: Förderverein BastA!, Rebgasse 1, Postfach, 4005 Basel, Tel. 061 / 691 16 31, E-Mail: sekretariat@basta-bs.ch, PC 40-31244-5, Website: www.basta-bs.ch, erscheint mind. 4x jährlich, für alle Mitglieder gratis. Redaktion: Francesca Renggli, Till Kleisli, Patrizia Bernasconi, Richard Spillmann, Martin Flückiger, Druck: Rumzeis Basel, Grafik: Lucio Giugni

Spenden: PC 40-31244-5

Beat Leuthardt im Interview mit Till Kleisli

TK: Beat, du bist für Urs Müller in den Grossrat nachgerückt, was ist denn dein politischer Hintergrund?

BL: Ich war schon als Jugendlicher im Asylkomitee Basel aktiv, und was ich heute eher als Jugendstunde bezeichne, ganz kurz auch Mitglied der SP. Aber ich bin grundsätzlich ein politischer Mensch, in meiner Tätigkeit als Journalist habe ich auch gerne inhaltlich Stellung genommen und daher habe ich auch immer auch am liebsten für die WOZ geschrieben. Und auch meine Tätigkeit als Co-Geschäftsleiter des Mieterinnen und Mieterverbands Basel ist ziemlich politisch.

Heute bist du ja etwas weiser und Mitglied bei BastA!, warum nicht eine andere Partei?

Ich war lange parteilos, habe aber immer sehr stark mit BastA! sympathisiert. Es war schlussendlich immer die Partei, welche die grösste Übereinstimmung mit meinen Anliegen und Ansichten hatte.

Werden wir etwas konkreter, welche deiner Anliegen und Ansichten möchtest du im Grossrat besonders vertreten?

Ich habe jetzt kein grosses Wahlprogramm, das ich durchziehen möchte, ich versuche zunächst eher voller Demut in die grossen Fussstapfen die Urs, aber auch andere altgediente Grossrätinnen, die nicht mehr antreten können, vorgespurt haben zu treten. Sie haben da lange sehr gute Arbeit



BastA!-Grossrat Beat Leuthardt im Gespräch mit Till Kleisli

geleistet, für die ich mich an dieser Stelle auch gerne noch bedanken möchte.

Jetzt aber zurück zu dir, was sind deine Themen?

Ein wichtiges Thema, das ich auch immer wieder in meinen Büchern aufgreife sind Grenzen, bzw. meine Aversion gegen Grenzen. Zum einen die nationalen Grenzen, ich freue mich zum Beispiel, auch als Drämmli-pilot, sehr, dass der 8er und bald auch der 3er grenzüberschreitend verkehren. Ich möchte mich aber auch gegen Ausgrenzung und Abgrenzung in der Gesellschaft zur Wehr setzen.

Weitere wichtige Themen sind aber sicher auch Mieteranliegen, die Verkehrs-

politik, Datenschutz und Datensicherheit, der Überwachungsstaat oder der Abbau unnötiger Bürokratie.

Der letzte Punkt lässt aufhorchen, da dies sonst eher von anderen politischen Kreisen aufgebracht wird.

Bürokratie ist nichts, was sich im links-rechts-Schema verorten lässt, ausser wenn man darunter Personalabbau versteht, was ich explizit nicht tue. Zum Teil beruht die Bürokratie ja auch auf zum Teil berechtigten Abläufen, diese werden aber oft auch benutzt um bestehende Machtstrukturen zu schützen. Das sehe ich auch oft, wenn es um berechnete Mieteranliegen geht.

Abstimmungen vom 5. Juni 2016

Parolenfassung

Die BastA!-Koordination hat an ihrer Sitzung vom 29. März folgende Abstimmungsparolen gefasst:

Nationale Vorlagen

- Initiative «Pro Service public»: Nein
 - Referendum gegen das Fortpflanzungsmedizinengesetz: Nein
 - Initiative «Für eine faire Verkehrsfinanzierung»: Nein
 - Initiative «Für ein bedingungsloses Grundeinkommen»: Stimmfreigabe
 - Änderung des Asylgesetzes: Nein
- BastA! wünscht sich eine Beschleunigung der Asylverfahren, das darf aber nicht auf Kosten der Schutzsuchenden

und des Rechtsstaats passieren. Die unzumutbare Verkürzung der Rekursfristen und die fehlende Unabhängigkeit von Beratung und Rechtsvertretung verunmöglichen faire Verfahren. Inakzeptabel ist die Pflicht der Rechtsvertretung zur Mandatsniederlegung, wenn sie eine Beschwerde für aussichtslos hält. Die Rechtsvertretung würde gezwungen, über die ihnen anvertrauten Schutzsuchenden zu entscheiden. Das widerspricht nicht nur ihrer Rolle als Interessenvertretung der Schutzsuchenden sondern wäre auch rechtsstaatlich mehr als fraglich. BastA! lehnt die Änderung des Asylgesetzes daher ab.

Kantonale Vorlagen

- BVB Organisationsgesetz: Nein
 - BKB Organisationsgesetz: Nein
 - Neubau Amt für Umwelt&Energie: Ja
- BastA! ergriff im Dezember das Referendum gegen das neue BVB OG und setzt sich damit gegen die Entmündigung des Grossen Rates und den scheinbarweisen Demokratieabbau bei den BVB ein. Mit dem Neubau des Amtes für Umwelt und Energie würde Basel ein entscheidendes Zeichen in Richtung Energie-wende setzen, BastA! unterstützt dieses Vorhaben des Kantons Basel Stadt.

Sekretariat

Unbefleckte Empfängnis und ewiges Leben

Mit der Annahme des Bundesbeschlusses zur Fortpflanzungsmedizin und «Gentechnologie im Humanbereich» wurde schon letztes Jahr die Türe zur schönen neuen Gentechwelt ein Stück weiter aufgestossen. Jetzt können wir über die Änderung des «Bundesgesetzes über die medizinisch unterstützte Fortpflanzung» abstimmen.



Richard Spillmann

Das von BastA! befürwortete Referendum gegen die Revision dieses Gesetzes ist nur mit Mühe und Not zu Stande gekommen. Von linker und grüner Seite gab es insgesamt nur sehr wenig Unterstützung. Mir scheint,

die Brisanz dieses Themas ist bei vielen noch nicht angekommen. Kurz gesagt: es geht um die Selektion menschlichen Lebens im Reagenzglas! Und mit den neuen Regulierungen des Fortpflanzungsmedizinengesetzes (FMedG) wird dieser Spielraum deutlich erweitert.

Grundsätzlich regelt das «Bundesgesetz über die medizinisch unterstützte Fortpflanzung» die verschiedenen «Methoden zur Herbeiführung einer Schwangerschaft ohne Geschlechtsverkehr, insbesondere Insemination, In-vitro-Fertilisation mit Embryotransfer sowie Gametentransfer» (Art. 2a.) In der christlichen Mytholo-

gie heisst das noch heute «unbefleckte Empfängnis». Und eigentlich trifft dieser Begriff auf die Intention des FMedG ziemlich genau zu. Durch «In-vitro-Fertilisation» erzeugte Embryonen sollen so weit wie möglich von Krankheiten «unbefleckt» sein. Dazu werden im neuen Gesetz «Untersuchungen des Erbgutes von Keimzellen und von Embryonen in vitro» zugelassen (Art 5a).

Während das alte Gesetz noch von einer «schweren, unheilbaren Krankheit», die verhindert werden soll, spricht, ist im revidierten Gesetz das Wort unheilbar gestrichen. Bleibt also noch die «schwere Krankheit» übrig, die mit Selektion im Reagenzglas verhindert werden soll. Dabei ist das Adjektiv «schwer» nicht weiter definiert. Pro Zyklus um eine Schwangerschaft zu erreichen, dürfen neu zwölf Embryonen erzeugt werden. Bisher war diese Zahl auf drei beschränkt. Da eine Einwilligung für drei Zyklen gilt, können also im Extremfall 36 Embryonen erzeugt und auf ihr Erbgut untersucht werden (Art. 17/1). Dabei kann durchaus auch die Auswahl nach Geschlecht (Art. 5a2) zulässig sein.

Wurde früher von der Frauenbewegung noch die Parole «Mein Bauch gehört mir» postuliert, so sieht es heute im Falle der «medizinisch unterstützten Fortpflanzung» im Art. 6a3 folgendermassen aus: «Die Auswahl eines oder mehrerer Embryonen zur Übertragung in die Gebä-

Häufig ist von grüner Seite der Begriff «Machbarkeitswahn» ein Argument um neue Entwicklungen in unserer Gesellschaft berechtigter Weise in Frage zu stellen. Ausgerechnet wenn es um die Entstehung menschlichen Lebens geht, ist davon aber nichts mehr zu hören. Die Liberalisierung in diesem Bereich wird sogar begrüsst.

Hätte man in der Zeit, als Mani Matter das Lied «Hemmige» komponiert hat, gefordert, Selektion über erwünschtes und unerwünschtes Leben solle im Reagenzglas vorgenommen werden, wäre bald der Vergleich mit Horrorforschungen aus den 40er Jahren laut geworden. Sicher, seither wurde in allen Belangen der Gesellschaft manche moralische und ethische Hemmung beiseitegeschoben, manche politische Position umgestossen. Das Thema Fortpflanzungsmedizin ist schwierig und auch sehr persönlich. Die Aussicht auf genetestete «unbefleckte» Empfängnis kann verlockend sein. Ja, die Forschung kann das, sie kann noch viel mehr. Sicher bald auch wirklich designte menschliche Lebewesen erzeugen. Auch dieser Bereich wird zunehmend «digitalisiert». Dann wäre da auch noch der Traum vom ewigen Leben! Darum müssen wir uns gut überlegen, welche Türe wir noch aufstossen oder wo wir besser drauf schreiben: Verbotener Eingang.



Ene mene miste, es rappelt in der Kiste. Embryo 4 und 11 sind ok. (Bild: Richi Spillmann)

mutter trifft die Ärztin oder der Arzt im Anschluss an ein weiteres Beratungsgespräch.»

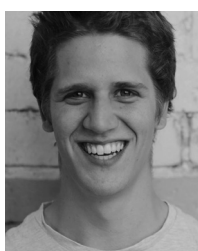
Imprägnierte Eizellen und Embryonen in vitro können zudem fünf bis zehn Jahre konserviert werden (Art. 16). Das Gesetz regelt in seinen 44 Artikeln noch zahlreiche Kontroll-, Bewilligungs- und Verfahrensfragen. Dabei fällt auf, dass die Strafdrohungen bei Missachtung des Gesetzes eher reduziert wurden. So wurde nach altem Gesetz «wer einen Klon, eine Chimäre oder eine Hybride bildet», mit Gefängnis bestraft. Neu ist noch eine Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren oder eine Geldstrafe vorgesehen (Art. 36 Abs. 1).

Richard Spillmann

Weitere Informationen bei
www.biorespect.ch

Ein Abwägen zwischen Gut und Böse

In diesem Frühsommer wird einmal mehr über das Asylgesetz abgestimmt. Am 5. Juni ist es soweit und es muss eine Wahl getroffen werden zwischen zwei unbefriedigenden Optionen. Diese Abstimmung wird wegweisend sein für die Weiterführung und Umsetzung des Asylwesens in der Schweiz. Wichtig ist es, sich beim Entscheid nicht von zurechtgebogenen Argumenten oder aus Trotz gegen die Rechte blenden zu lassen.



Nicola Goepfert

Das Parlament hat in der Herbstsession 2015 über die Revision des Asylgesetzes entschieden. Kurz darauf ergriff die SVP das Referendum, womit die Revision am 5. Juni 2016 zur Volksabstimmung gelangt.

Mit den Gesetzesänderungen wird der Asylbereich grundlegend neu strukturiert. Ziel ist es, das Asylverfahren effizienter und trotzdem fair zu gestalten. Zukünftig soll dazu die Mehrheit der Verfahren in regionalen Zentren des Bundes innerhalb von 140 Tagen rechtskräftig abgeschlossen werden. Hierzu sollen sich die wichtigsten Akteure des Asylverfahrens am gleichen Ort befinden. Um einen Beschleunigungseffekt zu erzielen, werden alle Verfahrensfristen (auch die Beschwerdefrist) substanziell verkürzt. Um die raschen Verfahren rechtsstaatlich korrekt durchzuführen, soll den Asylsuchenden eine Rechtsvertretung gewährt werden. Zudem erhalten die Asylsuchenden frühzeitig Informationen über das bestehende Rückkehrhilfeangebot.

Normalerweise wird zuerst ein Gesetz erlassen, anschliessend umgesetzt und dann kritisiert. Bei der Revision des Asylgesetzes lief alles etwas anders ab. So wird seit 2014 in Zürich Altstetten die allfällige Umsetzung der Revision mit beschleunigten Verfahren getestet. In der Herbstsession 2015 passte das Parlament schliesslich das Gesetz an und am 5. Juni 2016 wird darüber abgestimmt. Das Staatssekretariat für Migration (SEM) zieht aus den Erfahrungen vom Asyltestzentrum eine positive Bilanz und meint, dass die Verfahren um fast 40 Prozent verkürzt werden konnten. Grundsätzlich

ist eine Beschleunigung der Verfahren wünschenswert. Diese Zahlen sind jedoch mit Vorsicht zu geniessen. So seien im Pilotbetrieb keine Asylbewerber berücksichtigt worden, die Wiedererwägungs- oder Mehrfachgesuche stellten, was die Resultate verfälsche.

Beschleunigte Verfahren müssen kritisch durchleuchtet werden

Durch schnellere Verfahren könnte die Situation von asylsuchenden Menschen deutlich verbessert werden und sie könnten schneller Teil der Gesellschaft werden. Es stellt sich jedoch die Frage, wie sich die Beschleunigung gestaltet. Wird damit der rechtliche Status von Menschen eingeschränkt bzw. beschnitten, müssen solche Änderungen sehr kritisch betrachtet werden. In erster Linie zielt die neue Struktur darauf ab, möglichst viele Asylsuchende möglichst schnell wieder abzuschieben. Die massive Verkürzung der Beschwerdefrist von 30 auf 10 Tage birgt die Gefahr, dass Asylsuchende ihre Rechte nicht mehr adäquat wahrnehmen können.

Rechtsvertretung im Auftrag vom SEM ist nicht unabhängig

Um dem entgegenzukommen, wird eine unentgeltliche Rechtsvertretung garantiert. Eine solche Rechtsvertretung für Asylsuchende wurde von linker Seite schon lange gefordert. Zentral für deren Arbeit wäre jedoch, dass deren Unabhängigkeit gewährleistet ist. Die neue Struktur genügt diesem Anspruch in verschiedenen Aspekten nicht. Zum einen besitzt das SEM die Kompetenz die für die Beratung und Rechtsvertretung eingesetzten Personen zu ersetzen. Weiter besteht für die Rechtsvertretung die Pflicht, ihr Mandat niederzulegen, wenn sie es für aussichtslos halten. Das widerspricht den wesentlichen Grundsätzen des Rechtsstaates, wodurch der Entscheid über individuelle Fälle einem ordentlichen Gericht abgenommen wird. Die unentgeltliche Rechtsvertretung wird zu einer Interessenvertretung des Staatssekretariates für Migration statt für die betroffenen asylsuchenden Menschen. Kritisch

zu betrachten ist zudem die pauschale Entschädigung, was dazu führen kann, dass zeitaufwändige Rekurse gar nicht erst eingelegt werden. Das zeigt sich auch im vergleichsweise tiefen Anteil der Rekurse von 17 Prozent (sonst 25%). Als letzter Aspekt muss an der räumlichen Unabhängigkeit gezweifelt werden, weil alle involvierten Akteure künftig in den Bundeszentren angesiedelt sein sollen. Zudem handelt es sich bei der Rechtsvertretung nicht um Anwälte, auch wenn die SVP gerne damit politisiert.

Schnellerer Vollzug durch neue Gefängniszellen

Ein weiteres Anzeichen für die ungenügende Form der Rechtsvertretung ist der Anteil der aus dem Asyltestzentrum untergetauchten Personen, der mit über 30 Prozent dreimal so hoch ist wie bisher. Dem soll mit einem verbesserten Vollzug der Wegweisungen begegnet werden, was laut SEM bedeutet, dass die Kantone mehr Plätze für die sogenannte Administrativhaft schaffen müssen. Es sollen also mehr Gefängniszellen gestellt werden, um die Personen einzusperren, welche Angst vor dem Ausgang ihres Verfahrens haben. Deren Straftat die Flucht aus ihrer Heimat und das Gesuch um Schutz in der Schweiz sein soll.

Mit dem Schicksal von Menschen soll kein politisches Zeichen gesetzt werden.

Auch wenn das Referendum von der SVP ergriffen wurde, zeigen sich bei näherer Betrachtung schwerwiegende Mängel. Mit einem NEIN von Links wird damit in keiner Weise den Argumenten der rechtspopulistischen Partei zugestimmt, noch darf dies als Zuspruch zum bestehenden System gedeutet werden. Objektiv betrachtet muss diese Revision als eine weitere Verschärfung des Asylrechts gesehen werden. Daher muss die Frage gestellt werden, ob ein komplettes Umkrempeln des bestehenden Systems für eine unbefriedigende Lösung tatsächlich unterstützt werden soll. Ein NEIN kommt nicht einer Kapitulation vor der SVP gleich, sondern soll zum Einsatz anspornen, weiter für den humanitären Umgang mit jeder schutzsuchenden Person zu kämpfen.

Änderung des Asylgesetzes

Nein

Für ein bedingungsloses Grundeinkommen

Am 5. Juni stimmt die Schweiz über die Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens ab. Worum geht es da genau?



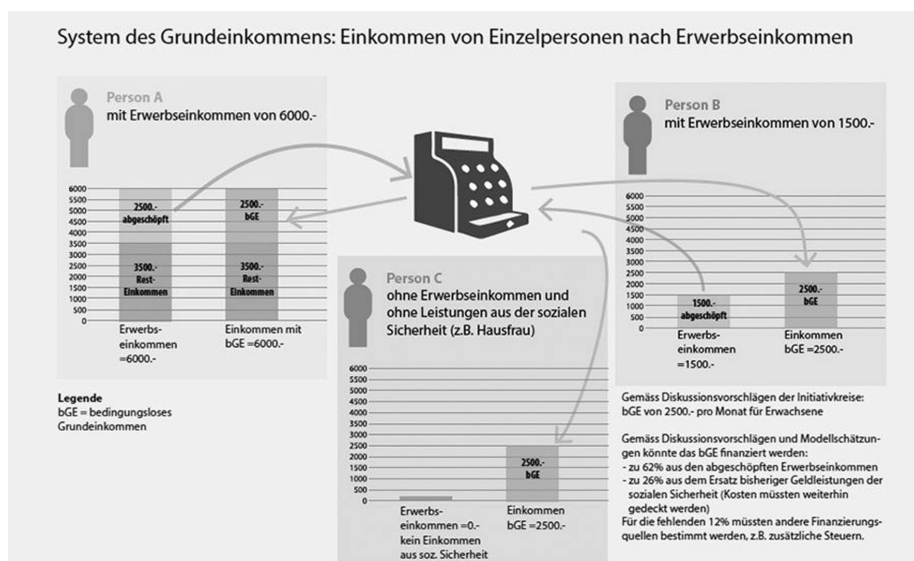
Pola Rapatt

Mit dem JA zum Grundeinkommen sage ich JA zu einem sehr einfachen Initiativtext: Es soll jedem Menschen ein bedingungsloses Grundeinkommen ausbezahlt werden, welches ein menschenwürdiges

Dasein und die Teilnahme am öffentlichen Leben ermöglicht. Wenn das Volk im Juni seinen Willen bekundet, dann zu diesem Grundsatz. Höhe und die Finanzierung des Grundeinkom-



mens werden später durch den Bund geregelt. Ist das gut oder schlecht? Gut ist, dass die Debatte um ein bedingungsloses Grundeinkommen sich nicht in Details verliert. Diese Initiative ist keine «Schräubcheninitiative», sondern ein Grundsatzentscheid. Er ist vergleichbar mit der Einführung der AHV und würde die Stimmung im Land verändern wie die Einführung des Frauenstimmrechts. Der einfache Initiativtext ruft aber auch Skepsis hervor, kann ich doch nur guten Gewissens JA sagen, wenn eben gerade die detaillierte Umsetzung stimmt. Was sagen da die Initianten?



Die Höhe: Das Grundeinkommen würde ca. 2500CHF für jeden Erwachsenen und, abgestuft nach Alter, weniger pro Kind betragen.

Die Finanzierung: Das Grundeinkommen ist kein zusätzliches Geld. Den Transfer des Grundeinkommens kann man sich wie folgt vorstellen: Zu Beginn jeden Monats bekommt jeder Mensch 2500CHF aus der Grundeinkommenskasse auf sein Konto überwiesen. Jetzt müssen alle Arbeitgeber 2500CHF weniger Lohnkosten pro Angestellten aufbringen. Dieses Geld wird in die Grundeinkommenskasse transferiert. Auch die Sozialwerke (AHV, IV) müssen pro Kopf 2500CHF weniger aufbringen. Das Geld wird ebenfalls frei für die Grundeinkommenskasse. Daraus wird nun das Grundeinkommen für den nächsten Monat überwiesen.

Aber wenn hinterher niemand mehr Geld hat als vorher, worum geht es dann eigentlich?

Was würde sich ändern, wenn wir alle wüssten, dass wir nie Angst um unser Einkommen haben müssten?

Heute müssen wir nicht mehr VIEL arbeiten, damit wir im Wohlstand leben können. Dafür müssen wir darauf achten, ob wir hinter den Dingen stehen können, die wir entwickeln, produzieren und vermarkten. Ehrlichkeit, Nachhaltigkeit, Gesundheit sind Dinge, in die wir VIEL investieren müssen. Dazu braucht es angstfreie Menschen, die ruhigen Gewissens auch Nein sagen können. Nein, ich verbringe meine Lebenszeit nicht in einem Unternehmen, das mehr von den Aktionären als von guten Arbeitsbedin-

gungen hält; Nein, so sterben die Bienen aus; Ja, das ist mir wichtig, dafür möchte ich mich engagieren!

Diese freie Entscheidung könnten heute schon die meisten SchweizerInnen treffen. Doch hören wir aus alten Zeiten noch immer eine Stimme im Ohr: Dir geht es gut, aber das kann sich schnell ändern, du kannst deinen Arbeitsplatz und mit der Sozialhilfe deine Achtung verlieren, und wenn du älter wirst, ist es besonders schwer, etwas Neues anzufangen. Sei zufrieden mit dem, was du hast und bist. Du verdienst ehrlich dein Geld, bist fleissig und ernährst deine Familie.

Die Initiative für ein bedingungsloses Grundeinkommen stärkt die Entscheidungsfreiheit, indem es die Existenzangst nimmt und das Existenzminimum garantiert. Dafür müssen wir nur eine Sache ändern: das Grundeinkommen von heute nicht mehr an Bedingungen knüpfen. Denn ein Grundeinkommen benötigt sowieso jeder Mensch, das kommt nach jeder Prüfung heraus.

Werden wir faul, wenn wir nicht mehr müssen? Oder arbeiten wir dann besser selbstbestimmt? Diese Fragen werden wir uns in den nächsten Jahren tagtäglich stellen, so lange wird es nämlich noch dauern, bis das bedingungslose Grundeinkommen eingeführt wird. Dann werden wir sehen: Kein Grundeinkommen ist eine Utopie.

Pola Rapatt,
Mitbegründerin der «Generation Grundeinkommen» und Co-Kampagnenleiterin

Weshalb tut sich die Linke so schwer mit dem Grundeinkommen?

Am Wochenende vom 5. Juni stimmt die Schweiz über die Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens ab. Es kann davon ausgegangen werden, dass die Initiative keine Mehrheit erzielen wird – zu utopisch und zu ungewiss die konkrete Ausführung. Selbst die Linke tut sich schwer mit dieser Initiative - was aus meiner Sicht sehr schade ist.



Oliver Bolliger

Die Initiative ist nicht konkret ausformuliert. Sie verlangt eine Änderung der Bundesverfassung in dem Sinne, dass der Bund für eine Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens sorgt, welches

der ganzen Bevölkerung ein menschenwürdiges Dasein und Teilnahme am öffentlichen Leben ermöglicht. Das Gesetz regelt dann die Finanzierung und die Höhe des Grundeinkommens. Aufgrund der bestehenden Kräfteverhältnisse im nationalen Parlament werden bei der Ausarbeitung des Gesetzes aus linker Sicht ein Abbau bei den Sozialversicherungen und die Abschaffung der Arbeitsrechte befürchtet.

Von den Initianten werden 2500 Franken für Erwachsene sowie rund 600 Franken für Minderjährige vorgeschlagen. Die Frage, wie denn das bitte schön alles finanziert werden soll, lässt die Initiative offen. Folgende Finanzierungsquellen werden in Betracht gezogen: ein Teil kommt von den bisherigen Lohnzahlungen und der andere Teil von den bisherigen Zahlungen aus den Sozialversicherungen sowie über zusätzliche Steuereinnahmen.

In der Finanzierungsdiskussion geht aber dann viel zu schnell vergessen, dass die Initiative auch zentrale Fragen des aktuellen Zusammenlebens stellt. Gibt es genügend Lohnarbeit für alle, um davon menschenwürdig leben zu können? Ist die Lohnarbeit der einzige Weg und was ist mit der ihr oft innewohnenden Entfremdung?

Die Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens löst mit Sicherheit

nicht alle Probleme dieser Welt und schafft auch nicht die Armut und Ungerechtigkeit ab. Jedoch habe ich als Sozialarbeiter unzählige Erfahrungen machen müssen, dass unsere bestehenden Systeme der sozialen Sicherheit auch einige Schwächen haben und von der bürgerlichen Rechte auch heute regelmässig angegriffen bzw. abgebaut werden. So verabschieden sich Gemeinden von den SKOS-Richtlinien, um die Ausgaben für Sozialhilfe zu drücken und das Subsidiaritätsprinzip zwischen den Sozialsystemen zwingt betroffene Menschen oft zu Ämtermarathons und langen Wartezeiten.

Der Gang auf die Sozialhilfe oder das Arbeitsamt ist oft mit grosser Scham verbunden und Betroffene verzichten aus diesen Gründen teilweise auf ihren legitimen Anspruch. Über die Jahre entwickelt sich bei den Betroffenen oft ein tiefes Selbstwertgefühl mit daraus resultierenden neuen Problemstellungen. Ein bedingungsloses Grundeinkommen würde diesen Aspekt deutlich verringern.

Zudem würde es die freiwillige Arbeit in unserer Gesellschaft stärken. Seien

es die Trainer_innen in den Sportvereinen, die ehrenamtlichen Helfenden in Kirchen, Kultur- und anderen sozialen Einrichtungen. Auch private unbezahlte Arbeit, wie z. B. die Tochter, die ihre kranke Mutter zu Hause pflegt und dafür ihr Arbeitspensum reduziert hat – würde aufgewertet werden. Alles Tätigkeiten, die für die kapitalistische Logik uninteressant, aber für die Zukunft einer sozialen und gerechten Welt von grossem Wert sind.

Ich wünsche mir von einer sozialen Linken ein wenig mehr Mut auch bei nichtausformulierten Initiativen für die soziale Utopie einzustehen. Deshalb werde ich am 5. Juni der Initiative zustimmen im Wissen, dass viele Fragen der Umsetzung noch offen sind und der Einsatz für eine soziale und gerechte Gesellschaft auch nach einer Annahme fortgesetzt werden muss.

Oliver Bolliger

(ist Sozialarbeiter und würde auch mit einem Grundeinkommen noch weiter arbeiten – aber vielleicht auch ein wenig mehr auf dem Sportplatz stehen ...)



Von den Initianten werden 2500 Franken für Erwachsene sowie rund 600 Franken für Minderjährige vorgeschlagen.

Stopp Fessenheim

Ein Text zum Atomkraftwerk Fessenheim – wo soll man da bloss anfangen. Aktualitätsbezogen, bei den neuesten Zeitungsberichten, wonach Frankreichs Behörden auf einen GAU gar nicht vorbereitet sind und bei einem grossen Unfall wohl auch Basel zu evakuieren wäre (4,9 Mio Menschen im 80km-Radius)?

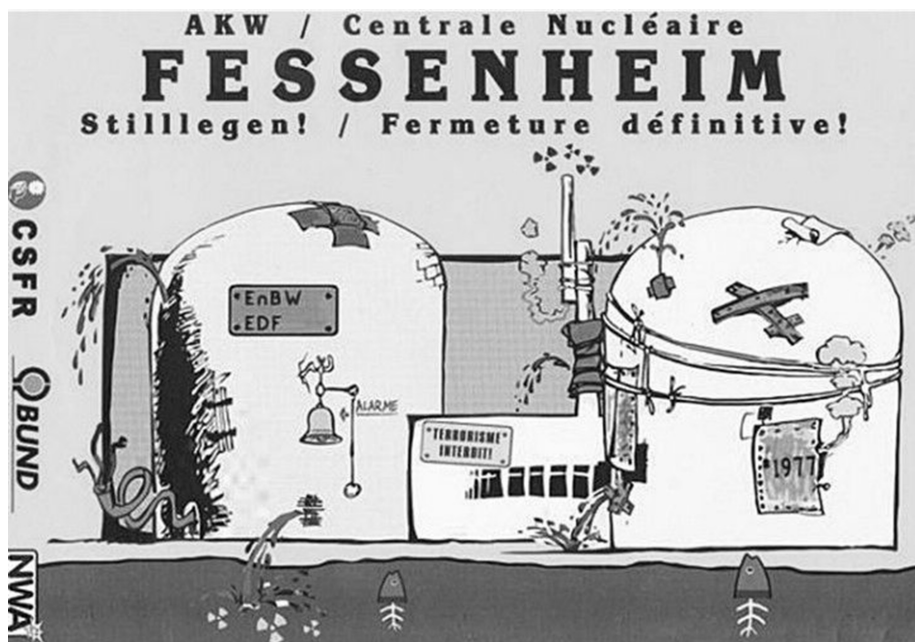


Bálint Csontos

Oder chronologisch: 25 Jahre vor meiner Geburt, als mutige Ingenieure beschlossen, ein Kernkraftwerk in einem Erdbebengebiet zu bauen? Oder doch besser geordnet nach der Schwere der bisherigen Unfälle?

Die Liste ist jedenfalls lang. Neben der kürzlich bekanntgewordenen Notborierung im Jahr 2014 gab es Brände (25.4.2012), Pflanzenreste im Kühlkreislauf (2009) und Austritt radioaktiver Gase (2010, 50 Kubikmeter). In diesem Kraftwerk scheint die einzige Regel Murphys Law zu sein. Vor den Augen der Atomaufsichtsbehörde (ASN) wird gefuscht, als gäbe es kein Morgen (wörtlich, nicht nur bildlich gesprochen): wenn das AKW aus politischen Gründen laufen muss, geht es ans Netz, koste es was es wolle. Schnellabschaltungen sind bei diesem Schrottreaktor keine Zeitungsmeldung mehr wert, sie gehören sozusagen zum Betriebskonzept.

Und nein, gute Nachrichten gibt es auch bezüglich der Ausserbetriebnahme keine. Hollande hatte zwar bei Amtsantritt erklärt, Fessenheim bis Ende 2016 schliessen zu wollen, und mit dem neuen Energiegesetz wurde immerhin der



Anteil der Kernenergie an der gesamten Stromproduktion gedeckelt. Die zusätzliche Produktion des neuen Reaktors in Flamanville (noch nicht am Netz) würde also eine Abschaltung andernorts verlangen. Hinter den Kulissen wird aber ein heftiger Machtkampf ausgefochten, und bereits tauchen Ideen auf, Reaktoren an verschiedenen Standorten ausser Betrieb zu nehmen, so dass Fessenheim insgesamt weiterlaufen könnte. Erschwerend kommt hinzu, dass die Verhandlungen unter grossem Druck geführt werden, da Hollandes Amtszeit nur noch knapp ein Jahr dauert. Kommen danach wieder die Konservativen an die Macht, müssen wir uns wohl auf eine ca. 20-jährige Fortsetzung einer ziemlich unangenehmen Geschichte gefasst machen. Sinn und Ziel dieses Textes? Gibt es nicht, denn in der Basler Politik gibt es wenige, die mir widersprechen, wenn ich die sofortige Ab-

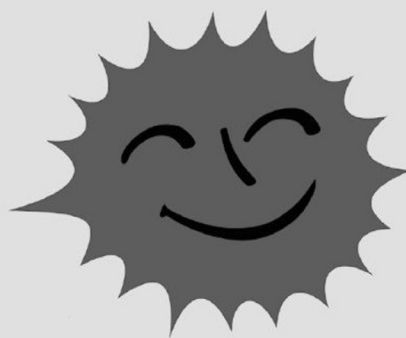
schaltung des AKWs fordere. Natürlich wäre ein aktiver Bundesrat wichtig (beide Basel und Genf müssen sich stärker dafür einsetzen), aber wenn wir unsere Energie effizient einsetzen wollen, können wir vor allem zwei Dinge tun:

- Dafür sorgen, dass die Protestbewegung gegen dieses und gegen unsere eigenen AKWs stark bleibt
- Mit einer engagierten Kampagne zur Atomausstiegsinitiative, die diesen Herbst vors Volk kommt, dafür sorgen, dass die Schweiz ihre eigenen Hausaufgaben erledigt.

Bálint Csontos,
Co-Präsident jgb

Menschenstrom gegen Atom

Am Sonntag 19. Juni findet in der Region um das Atomkraftwerk Beznau bei Brugg zum vierten Mal der «Menschenstrom gegen Atom» statt. Zur Auswahl stehen kurze & längere Kundgebungen auf verschiedenen Routen zu einem zentralen Ort, wo mit Speis, Trank, Musik und Reden den Forderungen Nachdruck verliehen wird: Sofortige Stilllegung der Schrottreaktoren Beznau I & II sowie Mühleberg und die Festsetzung einer Altersgrenze für Gösgen und Leibstadt auf 40 Jahre. Reservier dir schon jetzt den Tag! Aktuelle Informationen gibt es auf www.menschenstrom.ch



#MenschenStrom

19. Juni 2016

Aus Basel für Flüchtlinge in aller Welt

Normalerweise stellen wir hier jeweils eine «aktive Bewegung» vor, da sich in der Hilfe für Flüchtlinge aber einiges bewegt, wollten wir uns nicht für eine entscheiden und stellen drum gleich mehrere Organisationen vor, die jede auf ihre eigene Art Hilfe leistet. Da sich hier momentan weltpolitisch auch einiges bewegt, kann es sein, dass die Texte und Informationen bei Erscheinen auch schon wieder überholt sind, die aktuellsten Informationen finden sich in der Regel jeweils auf den facebook-Seiten der Organisationen.

Basel hilft mit (BHM)



Till Kleisli

Der Verein entstand im Spätsommer 2015 aus einem Facebook-Aufruf um Kleider zu sammeln für ein Asylheim. Nachdem aber innerhalb von 2 Wochen über 2000 Menschen der Facebookgruppe beigetreten sind, hat das Frauen-Team um Corinna Noack erkannt, dass hier ein grosses Bedürfnis in der Bevölkerung ist zu helfen, und sie entschieden sich weiter zu machen. Mittlerweile ist das Kernteam auf 15 Personen angewachsen und BHM unterhält ein 300 Quadratmeter grosses Lager, in dem die Sachspenden sortiert und für die Weiterverteilung verpackt und wieder herausgegeben werden.

Fixe wöchentliche Lieferungen führen



Das Depot für die Sachspenden von «Basel hilft mit».

die freiwilligen Fahrerinnen und Fahrer in die Asylheime in der Region, die auch Unterkünfte in Deutschland und Frankreich umfasst. Dabei wird jeweils nur das geliefert, was gerade benötigt wird.

Hauptziel von BHM war es immer die Menschen in den Asylunterkünften zu versorgen, der Verein arbeitet aber auch mit anderen Organisationen (u.a. BeAwareAndShare oder Help4Refugees) zusammen,

um Hilfe mit Sachspenden vor Ort z.B. in Presevo oder Griechenland zu leisten. Nach Möglichkeit ist bei diesen Einsätzen dann auch jemand von BHM dabei um tatkräftig bei der Verteilung und bei allem was es zu tun gibt mit anzupacken. BHM organisiert aber nicht nur Sachspenden, sondern auch immer wieder wunderbare Anlässe um die Flüchtlinge einen Moment lang ihre Sorgen vergessen zu lassen und sie auch ein Stück in unsere Gesellschaft zu integrieren. Da waren zum Beispiel der Herbstmäss-Ausflug, Santiklaus, Ostern oder das grosse Weihnachtsessen im Union, bei dem Kultur- und nationenübergreifend gesungen, getanzt und gelacht wurde. Und für den Sommer sind z.B. Grillieren und Kinderspiel-Nachmittage geplant.

Falls du diesen Artikel nun zum Anlass nehmen möchtest, deinen Kleiderschrank auszumisten, was konkret gesucht wird steht jeweils auf der Website baselhilftmit.ch. BHM besteht nicht nur aus dem Kernteam (das auch Zuwachs vertragen würde), sondern auch aus den unzähligen Helferinnen und Helfern, welche an den Anlässen, im Depot oder beim Fahren mit ganz vielen kleineren und grösseren Einsätzen mithelfen, dass schlussendlich immer alles klappt. Aufrufe zu tatkräftiger Mithilfe werden in der Facebook-Gruppe oder auch auf der Website veröffentlicht. Geldspenden werden auch gerne angenommen und für Büromaterial, Benzinkosten oder auch für Ausgaben für die Events verwendet.

Facebook: [fb.com/groups/Baselhilftmit](https://www.facebook.com/groups/Baselhilftmit),
Website: baselhilftmit.ch

Help for Refugees Basel (H4R)

H4R ist im Herbst 2015 quasi über Nacht als Initiative von Markus "Stocky" Stocker entstanden. Er hat Freunde aus Gastronomie und Kultur zusammengetrommelt und gemeinsam haben sie überlegt, was sie, ohne Erfahrung in der Flüchtlingshilfe, machen könnten. Sie wollten vor Ort helfen, und es hat sich dann schnell Süditalien als Fokus herauskristallisiert, weil dort auch schon persönliche Kontakte und bestehende Projekte bestanden, die man unterstützen und ausbauen wollte.

Süditalien ist neben Griechenland etwas aus den Schlagzeilen geraten, aber

auch heute noch kommen in Taranto regelmässig Flüchtlingsboote an, die von der italienischen Marine aus dem Meer gefischt werden. Organisationen wie BABELE, die Teil der internationalen NPO ActionAid ist, nehmen die Menschen am Hafen in Empfang und kümmern sich um sie. Sie geben ihnen Kleider und haben ehemalige Hotels angemietet, in denen die Flüchtlinge ein Bett und zu Essen bekommen. Dank H4R verfügt BABELE jetzt auch über einen Kleinbus für den Transport der Flüchtlinge.



Bühne, Bier und Bares - hier ein Slam poetry-Anlass im Manger & Boire.
(Foto: Sara Rüedi)

Ein weiteres Projekt, das unterstützt und realisiert werden konnte ist FABER, eine Wohngemeinschaft die Platz bietet für 12 alleinreisende Kinder und Jugendliche. Die Jugendlichen dürfen bis 18 Jahren in der Gemeinschaft bleiben und werden dort auch unterrichtet. Der jüngste Bewohner ist aktuell erst 8 Jahre alt!

H4R unterstützt diese Projekte vor allem finanziell, da die benötigten Dinge vor Ort meist einfacher und günstiger beschafft werden können. Dazu werden grössere Fundraising-Veranstaltungen organisiert wie Anfang April in der Markthalle zusammen mit «Basel hilft mit», wo es Kunstauktionen, Konzerte und Infostände auch anderer Organisationen gab. Aber auch die regelmässig stattfindende Veranstaltungsreihe «Bühne, Bier + Bares», bei der in verschiedenen Lokalen kulturelle Veranstaltungen durchgeführt werden deren Eintritt oder auch eine Kollekte den Projekten zugute kommt. Als nächstes findet am 22. Mai ein Klavierkonzert von Nuron Mukumi in der Martinskirche statt.

Unterstützen kannst du H4R natürlich durch Geldspenden, aber auch durch handfeste Mithilfe bei den Veranstaltungen an der Garderobe oder als Band, irgendwas gibt es immer zu tun. Und natürlich leben

die Veranstaltungen auch davon, dass sie besucht werden, die aktuellen Veranstaltungen findest du jeweils auf facebook oder auf der Website.

Facebook:

[fb.com/groups/helpforrefugeesbasel](https://www.facebook.com/groups/helpforrefugeesbasel),

Website: helpforrefugeesbasel.ch

Be Aware And Share (BAAS)

Baschi Seelhofer ist der Kopf und Treiber hinter BAAS, auch er konnte im Herbst 2015 nicht anders als etwas zu tun, als er sah, wie die Situation der Flüchtlinge sich immer stärker zuspitzte. Es startete mit einem Facebook-Post und innerhalb von 24 Stunden hatte er Kleiderspenden von 300 Fremden zusammen. Innerhalb von einem Monat wurde aus der Idee von einer handvoll Freunden eine kleine private Hilfsorganisation, die sich Anfang Oktober in einem Konvoi aus 6 Fahrzeugen mit Hilfsgütern auf den Weg machte.

Schon der erste Einsatz zeigt auf, was sich in den nächsten Monaten immer wieder wiederholen würde, nichts ist planbar. Anstatt, wie geplant an die Kroatisch/Serbische Grenze zu fahren, musste das Team wegen Unwettern kurzfristig umdisponieren und fuhr nach Botovo an die Kroatisch/Ungarische Grenze. Alle 4-5 Stunden kam dort ein Zug mit ca. 2500 Flüchtlingen an, die vor allem von Freiwilligen-Teams mit Wasser, Obst, Sandwiches versorgt wurden. Was auch blieb, war der Eindruck, dass die grossen Hilfsorganisationen gar nicht oder hilflos agierten, die Hauptlast wurde von kleinen privaten Initiativen aus aller Welt getragen.

In den folgenden Tage und Wochen war das Team immer wieder in der Schweiz, wo sie es aber nie lange aushielten, weil sie wussten, dass sie anderswo gebraucht werden. Gemeinsam mit dem Team Cericiba aus Bern stand BAAS an verschiedenen kroatischen Grenzen im Einsatz. Sie kauften und verteilten Getränke, Essen, Babynahrung, Regenponchos und mit dem aufkommenden Winter auch immer wichtiger warme Kleider und Decken. Vor Ort wurde das BAAS-Kernteam von unzähligen Freiwilligen unterstützt, die Einsätze von einer oder mehreren Wochen leisteten.

Im Dezember wurde dann mit der Unterstützung von über 100 Patinnen und Paten das Projekt „1 Jahr Griechenland“ gestartet. Basch Seelhofer kann sich damit 1 Jahr lang voll BAAS widmen und wollte die Menschen in Griechenland, wo akute Not herrschte, unterstützen. Anfang Februar machte sich ein Team



Ausschau halten nach Flüchtlingsbooten auf Chios

auf den Weg nach Chios, wo geplant war, während 1 Jahr mit einem Rescue-Team Boote aller Art zu empfangen und mit einem Küchenteam die Menschen mit Essen zu versorgen.

Ende März kam dann aber schon der nächste Twist, durch dem Deal zwischen der Türkei und der EU wurden die Camps auf Chios geschlossen und die Flüchtlinge wurden auf das griechische Festland verfrachtet. Das BAAS-Team hat sich in der Folge in Piräus, dem Hafen von Athen stationiert und versorgte täglich 1500 Menschen mit Frühstück. Da der Hafen aber auch bald geräumt werden soll, verabschiedet sich BAAS nun definitiv von längerfristigen Plänen und wird monatlich schauen, wo Hilfe am nötigsten ist.

Infos zu Spendenkonto und freiwilligen Einsätzen findest du auf der Website.

Facebook:

[fb.com/groups/1159112204116287](https://www.facebook.com/groups/1159112204116287),
Website: baas-schweiz.ch,

Rastplatz

Mit der Bilderflut im Herbst 2015 fassten Joel Sames und Kitty Bertossi den Entschluss in ihren zwei Wochen Ferien nicht irgendwo hinzufahren, sondern Menschen in Not zu helfen. Nach einer kurzen, aber intensiven Vorbereitungszeit, in der sie auch Geld und Material sammelten, fuhren sie mit zwei Freunden los in Richtung Balkan. Sie landeten in Bapska, an der kroatisch-serbischen Grenze, wo gerade ein Kochteam erschöpft zusammenpackte, dessen Zelt und Funktion sie übernehmen konnten. Sie kochten vor allem Tee um die mit Bussen aus Serbien ankommenden Flüchtlinge auszuwärmen und verteilten trockene Kleider und Schuhe. Irritierenderweise wurde von den lokalen



Das Küchenzelt von rastplatz in Dunkerque. (Foto: Kitty Bertossi)

Behörden aus «hygienischen» Gründen verboten warmes Essen zuzubereiten, aber Rastplatz liess sich dadurch nicht beirren und verteilte kaltes Essen: Früchte, Kekse, Sandwiches....und ein Lächeln. Was auch super ankam war die Wickelstation für Babys.

Sie verliessen dann Bapska in Richtung Preševo an der serbisch-mazedonischen Grenze, wo die Situation noch schlimmer war und dringend Hilfe benötigt wurde. Die Infrastruktur in Bapska übergaben sie aber an ein anderes Freiwilligen-Team, das die Arbeit weiterführte. In Preševo schlugen sie ihre Zelte ausserhalb der Registrierungs-Camps auf und verpflegten mit finanzieller Unterstützung aus der Schweiz die Menschen, die zum Teil bis zu 14 Stunden in der Kälte im Regen draussen auf ihre Registrierung warteten.

Aus den 2 Wochen ist so ein Monat geworden.

Nach einer einmonatigen Pause in der Schweiz ging es Mitte Dezember wieder los nach Dunkerque. In dem Camp in Nordfrankreich lebten unter widrigsten Bedingungen um die 3000 Menschen. Das Rastplatz-Kernteam, mittlerweile auf 8-9 Personen angewachsen, reiste abwechselnd nach Frankreich. Mit der Unterstützung von zahlreichen temporären HelferInnen, ohne die das Projekt nicht möglich gewesen wäre, bereiteten sie dort täglich bis zu 1500 Menus zu. Wobei der eingerichtete Rastplatz weit mehr als eine Küche war, er war auch Camp-Feuerwehr, medizinische Notfallversorgung, Erstaufnahmelager, Ausgabestelle von Kleidern und Zelten und sozialer Treffpunkt, ein wirklicher Rastplatz halt um auch mal

kurz zu verschlafen. Anfang März wurde dann ganz in der Nähe ein von Médecins sans Frontières unterstütztes neues Camp aufgebaut, in dem die Bedingungen auch nicht super sind, aber doch deutlich besser als im alten Camp. Mittlerweile sind alle Bewohner des alten Camps umgezogen, was auch Rastplatz ermöglicht hat, den zweiten grossen Einsatz abzuschliessen.

Diesen Sommer wird es wieder losgehen mit dem dritten Einsatz, da wo es dann am nötigsten ist. Zahlungsinformationen für Spenden um für den nächsten Einsatz einzukaufen findest du auf der Website.

Facebook: [fb.com/rastplatz](https://www.facebook.com/rastplatz),
Website: rast-platz.ch

Till Kleisli

Médecins Sans Frontières

Médecins Sans Frontières leistet ohne jegliche Diskriminierung nach Rasse, Religion, philosophischen oder politischen Ansichten, medizinische Hilfe, oft in schwierigen geographischen und politischen Kontexten, wohin andere nicht gehen wollen oder können.



Daniel Spirgi

Am 21. Dezember 1971 gründeten eine Gruppe von Ärzten und Journalisten die Organisation Médecins Sans Frontières (MSF). Einige der Ärzte arbeiteten vorher mit dem Französischen Roten Kreuz

in Biafra, wurden Augenzeugen des Genozides der Nigerianischen Truppen an der Biafranischen Zivilbevölkerung, mussten aber vor ihrem Einsatz eine Verschwiegenheitserklärung unterschreiben, durften also diese Gräueltaten nicht denunzieren, wurden demnach ihrer Ansicht nach zu Mittätern.. Zusammen mit anderen mit Ärzten und Journalisten des kritischen Medizinjournal «Tonus» war dies die Geburt der unterdessen grössten unabhängigen medizinisch-humanitären Hilfsorganisation.

Der erste Einsatz von MSF war nach dem verheerenden Erdbeben in Managua Nicaragua im Jahre 1972. Es folgten Einsätze in anderen Naturkatastrophen, nach dem Hurrikan Mitch in Honduras, in Afghanistan während der Sowjetischen Besetzung und weiter in allen Krisen- und

Kriegsgebieten dieser Welt. Die Organisation wuchs, es entstanden operationelle Zentren in Belgien, der Schweiz, Holland und Spanien. In unterdessen 24 Ländern etablierten sich nicht-operative Zentren welche die Operationen finanziell und mit Human Ressourcen unterstützen. Die humanitäre Situation ist nicht nur seit dem Zusammenbruch der Sowjetunion, dem Verschwinden des Ostblocks schwieriger geworden. Der Zugang von dringend benötigter medizinisch-humanitärer Hilfe wird immer komplizierter. Die vergessenen Konflikte, die nur noch von einer interessierte Minderheit wahrgenommen werden, werden immer mehr, Konflikte welche die grossen Player kaum interessieren, oder von denen genau diese profitieren, welche in den Nachrichten in



den Zeitungen nicht mehr erwähnt werden.. Um nur einige zu nennen denke ich an die Demokratische Republik Kongo, die Zentralafrikanische Republik, den Südsudan, Somalia, Jemen, Afghanistan, an die Ukraine... Überall dort leistet MSF unter teils prekären Verhältnissen medizinische Nothilfe um der betroffenen Be-

völkerung einen wenigstens minimalen Zugang zur Gesundheitsversorgung zu gewährleisten.

Doch es wird nicht nur der Zugang zu den Opfern dieser Konflikte immer schwieriger, nein die medizinischen Einrichtungen, sei es von MSF betrieben oder unterstützt, werden immer wieder direkt attackiert.

Am 30. Oktober 2015 wurde einem von MSF betriebenes Spital in Kunduz im Norden Afghanistans von einem Flugzeug der US-Streitkräfte bombardiert und zerstört. 30 Menschen, darunter 13 Angestellte von MSF, sowie 10 Patienten wurden getötet. Kurz danach wurde in Saada Jemen ein MSF-Spital durch Luftangriffe der Saudiarabischen Luftwaffe zerstört.

Anfangs 2016 wurden bei einem Angriff auf ein Krankenhaus in der Provinz Idlib in Syrien mindestens sieben Mitarbeiter und ein Patient getötet. Wer verantwortlich für diesen Angriff war ist unklar.

Angesichts der Tatsache, dass Saudi-Arabien mit 22% zweitwichtigste und die USA mit 9% viertwichtigste Abnehmer von Schweizer Waffen sind, sei dahingestellt, ob sich hier die Frage einer Mittäterschaft stellt.

Nach Jahren operationell mit Médecins Sans Frontières tätig, sei es auf dem Terrain oder an der Zentrale der spanischen Sektion, ist es mir eine grosse Ehre seit zwei Jahren im Vorstand von MSF-Spanien mitarbeiten zu dürfen.

Daniel Spirgi